

Bereich	Entwicklungen
<p>Geschäftsführung der BGE</p>	<p>Zum 1.1.2019 wird Frau Beate Kallenbach-Herbert als kaufmännische Geschäftsführerin in die BGE berufen. Mit der Nachfolgerin von Prof. Hans-Albert Lennartz ist die Geschäftsführung der BGE wieder komplett besetzt. Frau Kallenbach-Herbert ist Ingenieurin und eine erfahrene und anerkannte Expertin aus dem Bereich nukleare Entsorgung. Zuletzt war sie Leiterin des Bereichs Nukleartechnik und Anlagensicherheit beim Öko-Institut und auch Mitglied der Entsorgungskommission (ESK) des BMU.</p>
<p>Bereich Standortauswahl</p>	<p>Mit der Benennung der Bereichs- und Stabsstellenleitungen hat die BGE die Phase 2 des internen Veränderungsprozesses im September 2018 abgeschlossen. Herr Dr. Jörg Tietze, zuvor bereits kommissarischer Leiter der Abteilung Standortauswahl, leitet den Bereich Standortauswahl.</p>
<p>Stand Standortauswahlverfahren</p>	<p><u>Anwendung der Ausschlusskriterien gemäß § 22 StandAG</u></p> <p>Für die Anwendung der Ausschlusskriterien gemäß § 22 StandAG werden die vorliegenden Daten weiterhin fachlich geprüft und homogenisiert. Ziel dieser aufwendigen Arbeiten ist die Schaffung einer bundesweit homogenen Datenbasis zur Anwendung der Ausschlusskriterien im Rahmen von § 13 StandAG.</p> <p>Für eine erste qualitative und quantitative Einschätzung der gelieferten digitalen Datenbestände für die Anwendung des Kriteriums „Einflüsse aus gegenwärtiger oder früherer bergbaulicher Tätigkeit" wurden exemplarische Sichtungen von analog vorliegenden Datenbeständen durchgeführt. Der Fokus lag dabei zunächst auf Daten zu bergbaulichen Aktivitäten, welche im Rahmen der Datenlieferungen teils ohne Raumbezug und Erstreckung eingingen. Für die Anwendung des Ausschlusskriteriums sind neben der räumlichen Verortung auch Angaben zur vertikalen und lateralen Erstreckung erforderlich. Zudem wurde von vielen Behörden auf einen großen analogen</p>

Bereich	Entwicklungen
	<p>Datenbestand in deren Archiven hingewiesen, der weit über den gelieferten digitalen Bestand hinausgehen soll. Die BGE beabsichtigt, zur Erfassung, Digitalisierung und ggf. Vektorisierung analog vorliegender Geodaten bei den Behörden und anderen Institutionen eine entsprechende Beauftragung in Form eines Rahmenvertrages auszuschreiben. Hiermit soll die vorliegende digitale Datenbasis sukzessive erweitert werden.</p> <p>Für die Anwendung der Ausschlusskriterien werden derzeit kriterienbezogene, vorläufige Ausschlusstechniken durch die BGE entwickelt. Diese Ausschlusstechniken sollen anhand der vorliegenden Datenbasis bis März 2019 erprobt und entsprechend weiterentwickelt werden.</p> <p>Eine komplexe Aufgabenstellung stellt die Anwendung der Kriterien "Großräumige Vertikalbewegungen" und die „Vulkanische Aktivität" dar, für welche Prognosen über einen Zeitraum von einer Million Jahre zu treffen sind. Wie solche Prognosen prinzipiell erfolgen könnten und welche Daten dafür notwendig sind, wird derzeit im Rahmen einer Studie durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) erarbeitet.</p> <p>Gemäß der Regelungen im StandAG werden nachfolgende Festlegungen getroffen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gebiete, für welche mindestens eines der in § 22 StandAG aufgeführten Ausschlusskriterien zutrifft, werden als potentieller Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle ausgeschlossen. • Die Anwendung der Ausschlusskriterien (und die Anwendung der Mindestanforderungen) erfolgt, bis zur Festlegung eines Standortes, in Form eines revolvierenden Prozesses und wird damit nicht nach der ersten Anwendung im Rahmen des § 13 StandAG beendet sein. • Es werden grundsätzlich alle Ausschlusskriterien angewendet, auch wenn bereits eines gegriffen

Bereich	Entwicklungen
	<p>hat. Hintergrund ist, dass im Falle einer Aktualisierung oder Revidierung von Datenlieferungen durch die Bundes- und Landesbehörden auch für bereits ausgeschlossene Gebiete alle übermittelten Daten verarbeitet wurden und damit auch weiterhin vorhanden sind.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gebiete mit unsicherer Datenlage, auf welche derzeit eine Anwendung der Ausschlusskriterien nicht möglich ist, verbleiben im Verfahren. <p><u>Anwendung der Mindestanforderungen gemäß § 23 StandAG</u></p> <p>Die Abfrage der Daten zu den Mindestanforderungen (März 2018) bezieht sich auf das gesamte Bundesgebiet. Obwohl die Anwendung der Mindestanforderungen auf Basis der zuvor nicht ausgeschlossenen Gebiete stattfindet, hat sich die BGE dazu entschlossen, die Datenabfrage für die Mindestanforderungen auf das gesamte Bundesgebiet zu beziehen. Grund für dieses Vorgehen ist u.a., dass bei einer Revidierung der Daten zu den Ausschlusskriterien gegebenenfalls Gebiete, die zuvor ausgeschlossen wurden, wieder ins Verfahren aufgenommen werden können. Zudem wird die Datenbasis zur Anwendung der Ausschlusskriterien aufgrund der sukzessiven Erfassung analoger Daten ständig wachsen. Somit sind die nicht ausgeschlossenen Gebiete erst relativ spät ermittelbar. Es wird daher erst zum Zeitpunkt der Vorlage des Zwischenberichts Teilgebiete klar sein, welche Gebiete tatsächlich ausgeschlossen werden können.</p> <p>Darüber hinaus ist auch die Parallelisierung von Arbeitsschritten dringend erforderlich, um die Meilensteine planmäßig zu erreichen.</p> <p><u>Stand der Auswertung</u></p> <p>Die Auswertung der Daten zu den Mindestanforderungen ist erheblich aufwendiger als die Auswertung der für die Anwendung der Ausschlusskriterien gelieferten Daten. Es sind weitreichende Nacherhebungen erforderlich.</p>

Bereich	Entwicklungen
	<p><u>Geowissenschaftliche Abwägungskriterien</u></p> <p>Mit der Erarbeitung einer fachlichen Basis zu den geowissenschaftlichen Abwägungskriterien gemäß § 24 StandAG wurde begonnen. Die fachliche Basis für die sicherheitsgerichtete Abwägung gemäß § 24 StandAG wird im Rahmen des aktuell laufenden Forschungsvorhabens zur „Grundlagenentwicklung für repräsentative vorläufige Sicherheitsuntersuchungen und zur sicherheitsgerichteten Abwägung von Teilgebieten mit besonders günstigen geologischen Voraussetzungen für die sichere Endlagerung Wärme entwickelnder radioaktiver Abfälle" (RESUS) ermittelt. Durch RESUS gewonnene Erkenntnisse werden als Grundlage für eine Zusammenführung der Ergebnisse zu geowissenschaftlichen Abwägungskriterien dienen. Erste Ergebnisse erwartet die BGE im März 2019, das Projekt soll im November 2019 abgeschlossen werden. Sowohl die spätere Konkretisierung der Vorgehensweise bis hin zur Ausführungsreife als auch die Anwendung werden allein durch die BGE erfolgen.</p> <p><u>Planungswissenschaftliche Abwägungskriterien</u></p> <p>Zeitlich nach dem Zwischenbericht Teilgebiete liegt die Anwendung der planungswissenschaftlichen Abwägungskriterien. Für die Anwendung wurde bereits mit der Grundlagenermittlung begonnen. Ziel dieser ersten Grundlagenermittlung ist es, die in der Anlage 12 (zu § 25 StandAG) aufgeführten Kriterien zu definieren, offene Punkte zu identifizieren, die für die Anwendung erforderliche Datenbasis, soweit möglich, zu beschreiben, und deren Abfrage vorzubereiten. Die Umsetzung ist bis zur Ausführungsreife geplant. In einem zweiten Schritt muss mithin eine repräsentative Stichprobe an erforderlichen Daten von den zuständigen Landes- und Bundesbehörden abgefragt werden.</p>
Verfahrensplanung	Dem BfE wurde in KW 51 2018 ein Statusbericht Standortauswahl übermittelt. Darin wird der Stand der Arbei-

Bereich	Entwicklungen
	<p>ten der BGE mbH als Vorhabenträger gemäß StandAG 2017 in Bezug auf bestehende oder angepasste Planungen beschrieben, s. Anlage 1.</p>
<p>Rollen und Befugnisse im Standortauswahlverfahren</p>	<p>Das BfE und die BGE haben sich im November 2018 über die Grundzüge ihrer Zusammenarbeit im Standortauswahlverfahren verständigt. Die Zielstellung und der vereinbarte Arbeitsmodus sind in dem beigefügten Dokument, s. Anlage 2, zusammengefasst.</p>
<p>Forschung</p>	<p>Die BGE bereitet aktuell eine Ausschreibung für ein Forschungsvorhaben zur „thermischen und chemischen Integrität von Ton und Tongesteinen“ zur Klärung des Temperaturkriteriums vor.</p> <p>Es wird ein Workshop für das 2. Quartal 2019 vorbereitet, in dem der Forschungsplan der BGE mit der Fachöffentlichkeit diskutiert werden soll. Entsprechende inhaltliche und organisatorische Aspekte werden aktuell vorbereitet.</p>
<p>Gesetzgebung und untergesetzliche Regelwerke</p>	<p><u>GeolDG</u> Die BGE hat im Oktober einen 2. Arbeitsentwurf des Geologiedatengesetzes (GeolDG) übermittelt bekommen. Von der eingeräumten Gelegenheit zur Stellungnahme hat die BGE Gebrauch gemacht. Die Stellungnahme wurde dem Gremium bereits übermittelt.</p> <p><u>Verordnung Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung</u> Die BGE hat die Notwendigkeit der Kenntnis der Verordnungen zuletzt auf der 1. Statuskonferenz Endlagerung im November 2018 thematisiert. Die auf der Basis der Sicherheitsanforderungen an die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle des BMU aus dem Jahr 2010 zu entwickelnden Verordnungen sollen, dies wurde ebenfalls auf der Statuskonferenz angekündigt, im ersten Halbjahr 2019 erstellt werden. Die BGE begrüßt die geplante Beteiligung der Öffentlichkeit zum Verordnungsentwurf ab April 2019.</p>

Bereich	Entwicklungen
Veranstaltungen zur Standortauswahl im 4. Quartal 2018	<ul style="list-style-type: none"> • 28. 11.2018 Berlin: Betrifft: Standortauswahl • 17.12.2018, BGE referiert im Umweltausschuss der Stadt Lingen über das Standortauswahlverfahren • 8. und 9.11. Berlin: Teilnahme BfE Statuskonferenz Endlagerung • 22.10.2018 Wolfenbüttel: Betrifft: Standortauswahl • 17.10.2018 Peine: Betrifft: Standortauswahl
Ausblick: Kommende Veranstaltungen zu Beginn des 1. Quartal 2019	<ul style="list-style-type: none"> • 8.01.2019 Leipzig: Teilnahme am regionalen Workshop des BfE für kommunale Gebietskörperschaften • 10.01.2019 Hamburg: Teilnahme BfE-Workshop • 14.01.2019 Frankfurt/Main: Teilnahme BfE-Workshop • 16.01.2019 Ulm: Teilnahme am BfE-Workshop • Beginn der Veranstaltungsreihe "Betrifft Standortauswahl" Deutschlandtour von März bis September 2019
Veröffentlichungen Standortauswahl	<p>Im Dezember 2018 ist eine Ausgabe der „Einblicke“ erschienen, welche über den dann aktuellen Stand der Standortauswahl sowie über die gesellschaftlichen und politischen Diskussionen dazu informiert. Diese Ausgabe der Einblicke wurde dem Gremium bereits übermittelt.</p> <p>Zudem hat die BGE eine neue Erklärhomepage www.einblicke.de geschaltet, die als Einstieg in das Endlagerungsthema dienen und eine Diskussionsplattform für verschiedene Positionen in der Endlagerdebatte bieten soll.</p>